

Sohrauer Stadtblatt

Publikations-Organ der amtlichen Behörden von Sohrau O.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustrirtes Sonntagsblatt“.

Erstausgabe

Wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich frei ins Haus und
bei allen Postanstalten 1 Mk. 50 Pf.

Druck und Verlag von

P. Hunold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau O.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Abonnement-Preis:

für die einpaltige Beilage über deren Raum 20 Pf.
Inseraten-Annahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 14.

Februar, Nr. 19

Sonnabend, den 15. Februar 1919.

Februar, Nr. 19

41. Jahrg.

Die Wahl des Reichspräsidenten.

Die Wahl wird durch Stimmzettel vollzogen. Bei dem Namensaufruf „E“ will es der Zufall, daß das Mitglied und Volksbeauftragter Ebert als erster der Aufgerufenen seinen Zettel dem Schriftführer übergibt, der ihn in die Urne legt. Die Wahl erfolgt dann mit dem oben genannten Resultat.

Der Präsident Dr. David führt darauf folgendes aus:

Zum ersten Male hat das deutsche Volk seinem Lande ein Oberhaupt aus freier Selbstbestimmung heraus gegeben. Ein neuer Reichspräsident ist gewählt von der Mehrheit des deutschen Volkes. (Beifall.) Die einzige Quelle seines Rechtes ist der Wille des Volkes. (Beifall.) Auf ihm allein beruht die Macht und die Würde seiner Stellung. Somit hat das Reich zum ersten Male ein Oberhaupt, das nach der Art seiner Betätigung berechtigt ist, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln. (Beifall.) Daß der neue Reichspräsident das Steuer des Staatschiffes zu führen versteht, das hat er in den Monaten der inner- und außerpolitischen Aufregungen bewiesen. Er wird die junge Freiheit schützen vor allen Gefahren, von rechts oder links. Der Präsident wird jeden Versuch, an Stelle des Willens der Volksmehrheit die Diktatur einer Minderheit zu setzen, mit Macht niederdrücken. Ein vorkriegsgewählter Führer ist an die Spitze des Reiches getreten; ein Mann, durchglüht von der Liebe zum deutschen Volke, durchdrungen von tiefem Verständnis für seine Mühsal und Sorgen; an ihm wird die Demokratie einen festen Fort finden. Die Nationalversammlung begrüßt den Präsidenten und setzt ihn in seine hohen Rechte ein. Möge er sie wahrnehmen als freigewählter Vertreter des freien deutschen Volkes!

Reichspräsident Ebert ergreift darauf das Wort. Das Vertrauen, welches mir entgegengebracht wird, ist meine größte Ehre. Ich folge Ihrem Rufe, weil heute mehr denn jemals jeder Deutsche auf dem Platz, auf den er gestellt wird, seine Pflicht zu tun hat. Mit aller Kraft werde ich mein Amt gerecht führen, niemand zu Liebe und niemand zu Leide. Ich glaube, daß ich die Verfassung der deutschen Republik getreulich beachten und schützen werde, als Beauftragter des Volkes, nicht als Vormann einer einzelnen Partei. Ich bin im Arbeiterstande aufgewachsen, in der Gedankenwelt des Sozialismus, und werde das niemals verleugnen. In mehreren Wahlen haben Sie den Wandel anerkannt, der sich in unserem Staatsleben vollzogen hat, aber auch die gewaltige Bedeutung der Arbeiterklasse für die Zukunft Deutschlands. Die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten. Sie zu schützen, ist meine Pflicht. Jede Gewaltherrschaft werden wir bekämpfen bis zum äußersten. Recht und Freiheit sollen zur Geltung gelangen. Nur auf dem freien Selbstbestimmungsrecht wollen wir unseren Staat gründen. Wir wollen nicht dulden, daß man unsere Brüder der Freiheit der Wahlen beraubt. Die Freiheit aller Deutschen zu schützen mit dem äußersten Aufgebote von Kraft und Hingabe, deren ich fähig bin, das ist der Schwur, den ich in dieser Stunde in die Hände der Nationalversammlung lege. (Beifall.) Wir streben der Kulturfreiheit zu. An der lebendigen Kraft unseres Volkes verweisen wir nicht. Gemeinsam wollen wir arbeiten für das Glück und Wohlergehen des freien deutschen Volkes. Lassen Sie uns rufen: „Das deutsche Vaterland und das deutsche Volk, sie leben hoch!“ (Das Haus, mit Ausnahme der Unabhängigen, stimmt dreimal in das Hoch ein.)

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste

Sitzung: Donnerstag, 3 Uhr. Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Berlin, 12. Februar. In der Donnerstagsitzung — Mittwoch keine Plenarsitzung — wird lediglich Ministerpräsident Scheidemann, der nunmehr vom Reichspräsidenten Ebert mit der Kabinettsbildung offiziell betraut worden ist, seine große Rede in Form einer Erklärung der neuen Reichsregierung halten. Die politische Aussprache beginnt erst am Freitag und wird voraussichtlich vier bis fünf Tage in Anspruch nehmen.

Die neuen Männer.

Friedrich Ebert.

Ebert wurde am 4. Februar 1871 in Heidelberg als Sohn eines Schneiders geboren und trat nach dem Besuche der Volksschule bei einem Sattler in die Lehre. Schon als junger Mensch gewann er Fühlung mit sozialistischen Kreisen. Nach mehrjähriger Wanderschaft kam er nach Bremen und wurde 1892 Schriftleiter an der „Bremer Bürgerzeitung“. Wenige Jahre später wurde er in die Bremer Bürgerwehr gewählt. Im Jahre 1900 wurde er Arbeitersekretär der sozialdemokratischen Partei und 1905 Vorsitzender der Zentralkasse der arbeitenden Jugend Deutschlands. Auf diese Weise gelangte er in den Vorstand der Gesamtpartei, wo er großes Organisationstalent bekundete. 1912 wurde er von Ebersfeld-Barmen in den Reichstag gewählt. Bekannt ist, daß er schließlich Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei wurde. Der 9. November 1918 stellte Ebert erst recht in den Vordergrund, da Prinz Max von Baden ihm unter Zustimmung des gesamten Staatsministeriums die Reichskanzlerschaft übertrug.

Philipp Scheidemann.

Scheidemann wurde am 26. Juni 1865 als Sohn eines Handwerksmeisters geboren. Nach dem Besuch der Bürgerschule wurde er Segelehlings- und schloß sich schon 3 Jahre später der sozialdemokratischen Partei an. Im Alter von 30 Jahren wurde er Redakteur zunächst in Gießen, später in Allenberg, Offenbach und Kassel. Dem Reichstag gehörte er ununterbrochen seit dem Jahre 1903 an. Im Jahre 1911 gelangte er in den Parteivorstand der Sozialdemokratie und wurde im nächsten Jahr Erster Vizepräsident des Reichstags.

Scheidemanns große Rede.

Bei der Sitzung, 12. Februar. Heute wird nach den bisherigen Dispositionen keine Sitzung stattfinden. Der Tag wird von Sitzungen der Regierung und der Fraktion ausgefüllt werden. In der Donnerstagsitzung wird lediglich der Ministerpräsident Scheidemann eine große Rede halten. Die politische Debatte beginnt erst am Freitag. Sie wird, wie man annimmt, 4 bis 5 Tage in Anspruch nehmen, also noch bis in die nächste Woche hinüberreichen.

Das Arbeitsprogramm der neuen Regierung.

Am 13. Februar wird gemeldet: Am Mittwochabend fand im Schloß unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert die erste Sitzung der Mitglieder des neuen Ministeriums statt, soweit sie sich zur Annahme der ihnen übertragenen Arbeiten bereit erklärt haben. In dieser Sitzung wurde das Arbeitsprogramm der neuen Regierung durchberaten und Ministerpräsident Scheidemann gab seinen Ministern die Rede bekannt, die er in der heutigen Sitzung zu halten gedenkt. Das Arbeitsprogramm der neuen Regierung stand bis gestern Abend noch nicht endgültig fest. Der Entwurf liegt vor, daß die Nationalversammlung der alleinige Träger der Reichsgewalt sein soll und fordert Festlegung der Reichswehr durch eine starke Zentralgewalt, auf der anderen Seite eine durchgreifende demokratische Verwaltung. Das neue Heer soll auf dem Boden

der allgemeinen Wehrpflicht nach demokratischen Grundsätzen aufgebaut werden. Die in den Kasernen befindlichen Soldaten sollen sofort entlassen und die militärischen Kriegsbehörden aufgelöst werden. Für die Übergangszeit sollen die von den Soldaten gewählten Führer, soweit sie sich bewährt haben, befristet werden. Vertrauensausschüsse sollen bei Fragen der Verpflegung und Unterbringung sowie bei Erledigung von Beschwerden mitwirken. Das Regierungsprogramm hinsichtlich des Wiederaufbaues des Wirtschaftslebens ist sehr umfangreich. Es steht auch die Ueberführung von privatrechtlich entwickelten Wirtschaftszweigen in die Verwaltung der Gesamtheit vor. Insbesondere wird auf die Bergwerke Bezug genommen. Sozialpolitisch legt das Programm den Hauptwert auf Schaffung eines neuen Arbeiterrechts. In der Außenpolitik wird das Festhalten an den 14 Punkten Wilsons unter Rückgabe der Kolonien betont werden, auch werden die Forderungen nach sofortiger Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen erhoben werden. Endlich soll ein rückhaltloses Bekenntnis zum Völkervertrag und den demokratischen Rechtsideen erfolgen.

Die 25 Milliardenkreditforderung angenommen.

Der Staatenauschuß hielt gestern seine erste Sitzung nach dem Inkrafttreten der neuen Verfassung ab. Die Sitzung begann mit einer Rundgebung zugunsten der Reichseinheit. Von verschiedenen Seiten wurde betont, daß Reich und Bundesstaaten für jetzt und für die Zukunft unbedingt aufeinander angewiesen seien, und daß daher auch die Verhandlungen des Staatenhauses vom Geiste der Eintracht getragen sein müßten. Nach einer längeren Rede des Schatzsekretärs Schiffer wurde dann als erste Vorlage die 25-Milliarden-Kreditforderung einstimmig angenommen.

Zusammensetzung der neuen Regierung.

Bei der Sitzung, 13. Februar. Endgültige Liste des Kabinetts:

Präsident des Reichsministeriums Scheidemann, Vertreter im Präsidium des Reichsministeriums und Reichsminister der Finanzen Schiffer, Reichsminister des Auswärtigen von Brockdorff-Rangau, Reichsminister des Innern Preuß, Reichsarbeitsminister Bauer, Reichswirtschaftsminister Wissel, Reichsernährungsminister Robert Schmidt, Reichsjustizminister Dr. Landsberg, Reichswehrminister Noske, Reichskolonialminister Dr. Bell, Reichspostminister Giesbert, Reichsminister des Mobilisationsamtes Dr. Roeth,

ferner drei Minister ohne Portefeuille:

Dr. David, Erzberger und Göttsch.

Vor der Erneuerung des Waffenstillstandes.

Berlin, 11. Februar. Der „Voss. Zig.“ zufolge hat die Deutsche Waffenstillstandskommission die Bitte nach Erler vorläufig zurückziehen müssen, weil die Vertreter der Entente mitgeteilt haben, daß man den Beginn der Verhandlungen noch nicht festsetzen könne. Die deutsche Kommission würde 40 Stunden vorher verständigt werden.

Berlin, 11. Februar. Der Oberste Kriegsrat der Alliierten ließ der deutschen Obersten Heeresleitung in Spaia mitteilen, daß er von ihr eine Bestandaufnahme über das zurzeit in Deutschland vorräthige oder in den Fabriken in Arbeit befindliche Kriegsmaterial verlange, insbesondere über die Zahl der vorhandenen Maschinengewehre, der schweren und leichten Geschütze, der Flugzeuge, Motoren und der See-Flugzeuge. Er begründete diese Forderungen

mit der Polenfrage (?) und der Notwendigkeit, die Bedingungen zur Verlängerung des Waffenstillstands festzusetzen.

Die deutsche Waffenstillstandskommission.

Wilson gegen Foch.

Lugano, 11. Februar. Die Zeitung „Stampa“ berichtet aus Paris, daß Präsident Wilson gegenüber den Forderungen des Marschall Foch, die eine bedeutende Verstärkung der Waffenstillstandsbedingungen bedeuten, manigfache Einwendungen rechtlicher und taktischer Natur erhoben hat. Wilson sei der Ansicht, daß es besser sei, einen schnellen Frieden herbeizuführen, der die Alliierten, aber auch die Feinde befriedige. Man müsse den Eindruck vermeiden, als ob die Entente Deutschland unterdrücken wolle. Deutschland dürfe man nicht einer inneren Kontrolle unterziehen, da das durch die feigen Waffenstillstandsbedingungen niedergedrückte Bewußtsein der Deutschen sich leicht empören könne. Nach derselben Meldung der „Stampa“ unterstützt Clemenceau leidenschaftlich die Forderungen des Marschall Foch, die zur Sicherung Frankreichs durchaus gerechtfertigt seien.

Die geplante Entwaffnung Deutschlands.

Haag, 12. Februar. Ein maßgebender Engländer erklärte dem Korrespondenten des „Nieuwe Rotterdamse Courant“, daß die Franzosen und Engländer in Paris die sofortige gänzliche Demobilisation Deutschlands verlangten. Die Vereinigten Staaten seien weniger überfordert. Sie wollten zwar das Feind, möchten aber eine weitere Erniedrigung Deutschlands vermeiden. Jedenfalls scheint in folgenden zwei Punkten Uebereinstimmung erzielt zu sein: 1. Es würde eine Demobilisation bis auf 25 bis 30 Divisionen beschlossen, 2. werden die Alliierten eine schnelle Auslieferung bitten verlangen, was bei der ersten Unterzeichnung des Waffenstillstands festgelegt worden ist. Ferner wurde dem Korrespondenten mitgeteilt, daß der interalliierte Kriegsrat sich jetzt mit der Erneuerung des Waffenstillstands zur See beschäftigt, und daß vorgeschlagen worden sei, jetzt dem Feinde endgültig die Bedingungen hinsichtlich der Stellung Deutschlands zur See, wie sie sich nach dem Friedensvertrag ergebe, zu stellen.

Wilson erhebt Einspruch?

Eine italienische Zeitungsmeldung wehrt zu berichten, daß Wilson gegen die französischen Pläne zur Verstärkung der Waffenstillstandsbedingungen gegenüber Deutschland Einspruch erhoben habe.

Die Forderungen.

Haag, 13. Februar. Der „Nieuwe Courant“ meldet aus Paris: Folgende Forderungen sollen durch die neue Waffenstillstandsverlängerung Deutschland auferlegt werden: Die Besetzung von Essen a. d. Ruhr und anderer Häfen an der Nord- und Ostsee; weiterhin neben den militärischen Maßnahmen, für deren Dringlichkeit sich Foch einsetzt, Maßnahmen kommerzieller und finanzieller Art. Die Entente hat diesmal nicht die Absicht, bloß mit der deutschen Waffenstillstandskommission ein Abkommen zu treffen, sondern sie wird für die neue Urkunde die Unterschrift der deutschen Nationalversammlung verlangen und Weiter genügen Zeit zum Studium des Dokumentes und zur Übernahme der Verantwortung geben.

Paris, 13. Februar. Aus Paris wird gemeldet: Die endgültigen Bestimmungen der Waffenstillstandsverlängerung werden am Montag morgen bekanntgegeben. Sie beziehen sich auf wirtschaftliche, maritime und militärische Fragen und wollen speziell eine Bestrafung der Kriegsverantwortlichen.

Präliminar-Friede?

Paris, 12. Februar. Die „Times“ meldet: Im alliierten Kriegsrat finden Besprechungen über einen Präliminarfrieden statt.

Das große Hauptquartier in Kolberg.

Nach mehrmonatigem Aufenthalt in Wilhelmshöhe ist am Dienstag nachmittag Generalfeldmarschall v. Hindenburg nach Kolberg abgereist, wo für die nächste Zeit das große Hauptquartier seinen Sitz haben wird.

Für die Heimkehr der deutschen Gefangenen.

Bern, 12. Februar. Wie Camille Spemann dem Korrespondenten eines hiesigen Blattes mitteilte, reisen Henderson und Branting heute nach Paris, um die Beschlüsse der Sozialistenkonferenz Wilson und Clemenceau zu unterbreiten. Alsbald reisen sie nach London, um Lloyd George zu informieren. Renouel, der aufangs jeder Einigung mit den Deutschen widerstrebe, erklärte dem Korrespondenten, daß er sofort nach seiner Rückkehr nach Paris die französische Regierung bewegen wolle, allen Kriegsgefangenen unverzüglich die Rückkehr nach ihrer Heimat zu gestatten. Sollte

wider Erwarten die private Intervention keinen Erfolg haben, so werde Renouel eine parlamentarische Mission einleiten, von welcher er sich vollen Erfolg verspreche.

Die Kriegsgefangenenfrage.

Aus Brüssel wird gemeldet: Auf die belgischen und französischen Katholiken wird durch ihre Vereinigungen eingewirkt, um die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen bei ihren Regierungen zu befürworten. Die belgischen Organisationen werden in der nächsten Woche sich schlüssig werden. Die französischen Katholiken sind geneigt, dem Wunsche zu entsprechen.

Unsere Afrikaheiden.

Der Dampfer „Feldmarschall“ ist mit von Bettow-Worber, dem Kapitän der „Königsberg“ und einer großen Zahl deutscher Frauen und Kinder, die nach Deutschland heimbegehrt werden, aus Deutsch-Natal in Kapstadt eingetroffen.

Die Revolution in Rumänien.

Wien, 11. Februar. Die „Neue Freie Presse“ meldet: In Rumänien brachen erneute Aufstände aus. Die Königsfamilie verließ, nach Jassy zu flüchten, mußte aber nach Bukarest zurückkehren, weil revolutionäre Arbeiter die Straße verperrten. Der Königspalast wurde beschossen und der König hierbei leicht verletzt. Die Finanzlage des Landes ist vollkommen ruiniert.

Japanische Sorgen.

In Japan beunruhigt man sich über das Schicksal des englisch-japanischen Bündnisses, nachdem begründete Aussicht auf ein Zustandekommen des Bänderbundes besteht. Ein japanischer Vertreter sprach mit Wilson und Lloyd George darüber. Dr. Tagibi, ein Mitglied der japanischen Delegation und Autorität auf dem Gebiete des Völkerrechts, erklärte, daß die Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten eine Ausnahme machen und die Schutz- und Trugbündnisse von Völkern, die Mitglieder des Bänderbundes wären, weiterbestehen lassen würden? — Was nicht dann der ganze Bänderbund? Vor allem aber — großes Vertrauen zu dem geplanten Bänderbund seitens der Mitbegründer spricht sich darin nicht aus.

Die deutschen Südseeinseln.

Der australische Ministerpräsident Hughes stellt das Verlangen, daß Japan alle deutschen Südseeinseln nördlich des Äquators, Australiens alle deutschen Inseln südlich des Äquators erhält.

Was das revolutionäre Meer kostet.

In der Volkerversammlung des Hamburger Arbeiterrates wurde kürzlich die Mitteilung gemacht, daß die Erhaltung des jetzigen Heeres infolge der hohen Löhne usw. in den letzten acht bis zehn Wochen ungefähr 13 Milliarden Mark gekostet habe.

Volkswirtschaftskämpfling Kadel verhaftet.

Aus Berlin, 13. Februar, wird gemeldet: Der Leiter der Außenpropaganda der bolschewistischen Sowjetregierung, Karl Kadel, der sich seit dem Fehlschlag des Spartakistenbundes im Januar in Berlin verborgen gehalten hat, ist gestern nachmittag in seinem Versteck in einer Hinterhauswohnung in Charlottenburg verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis in Moabit zugeführt worden. Mit ihm ist auch seine Sekretärin Lina Becker und seine Stenotypistin festgenommen worden. In der Wohnung Kadels, die das Zentralbüro der bolschewistischen Propaganda in Berlin war, wurden außer einem bedeutenden Geldbetrag auch zahlreiche Papiere und Briefschaften beschlagnahmt, die einer Durchsicht noch nicht unterzogen worden sind, aber vermutlich wertvolle Aufschlüsse über die Beziehungen zwischen dem Spartakusbund in Berlin und der russischen Sowjetregierung sowie über die Vorbereitungen zu dem im Frühjahr geplanten neuen Spartakistischen Putsch in Berlin geben werden.

Berlin, 13. Februar. Wie die Kriminal-Polizei meldet, sind die Führer des Berliner Soldaten- und Arbeiterrats-Vollzugsausschusses Richard Müller und Volkenbaur als Mitschuldige Kadels verhaftet worden. Sie sind es auch gewesen, die Kadel zur Organisation des Spartakusbundes nach Berlin gerufen haben. Man kann mit weiteren einschneidenden Verhaftungen in diesen Kreisen in den nächsten Tagen rechnen.

Angriff gegen die Polen.

Biallka, 12. Februar. Der Angriff gegen die Polen hat heute früh 4 Uhr begonnen. Der Kanonenbomber war in Biallka so stark vernehmbar, daß die gesamte Bevölkerung wach wurde. Nach einigen Stunden traf die Meldung ein, daß Lurabstadt von den Polen befreit sei. Die Verlässe der Polen sollen außerordentlich hoch sein, die der deutschen Truppen dagegen nur gering. In Biallka wurden 50

gefangene Polen eingebracht, unter ihnen einige in den Garnisonen der hiesigen Gegend bekannte Persönlichkeiten.

Logan, 12. Februar. Das Generalkommando 5. Armeekorps teilt mit:

Abteilung Trachenberg und Rawitsch: Die Beute aus den Kämpfen Biallka von Rawitsch am 10. Februar beträgt 59 Gefangene, 5 Maschinengewehre und einiges Material. Der Feind ließ allein 26 Tote auf dem Kampfplatze.

Abteilung Gubran: Unsere Artillerie belegte feindlichen Truppenverkehr bei Panik mit Störgranaten.

Abteilung Jüllchow: Heute bei Tagesanbruch griffen brandenburgische und schlesische Regimenter nach kurzer kräftiger Artillerievorbereitung zwischen Lurabstadt und Deutschen an. Die Stadt Bomk wurde nach zäher feindlicher Gegenwehr genommen. Der Angriff ist in gutem Fortschreiten.

Die Entente fordert Mäßigung von den Polen.

Aus Paris wird gemeldet: Die Entente beschloß, den Polen Mäßigung anzuraten und die Grenzgerungen mit Deutschland der Friedenskonferenz zu überlassen, damit die deutschen Maßnahmen gegen Polen hinwählig werden und von Deutschland die Demobilisation der neuen Truppenkontingente gefordert werden könne.

Schlesischer Heeresbericht.

Zu der Nacht vom 11. zum 12. II. und am 12. II. regte Patrouillenaktivität der Polen in Gegend Jlung. Ein stärkerer Vorstoß gegen unsere Feldwachen bei Wjast und Uteschow wurde mit Feindverlusten abgewiesen. Am 12. II. 9 Uhr abends griffen die Polen in 2 km. Breite Jlung an. Der Angriff wurde abgewiesen. Hierbei zeichneten sich wiederum das J.-R. 51 und Teile des Feldart.-Regts. 42 besonders aus. Erkannte feindliche M. G. Stellung auf dem Rückturn in Sulmierschlag wurde durch unsere Artillerie mit Erfolg bekämpft.

Zur Bergung von deutschem Gut unternahm die Gebirgs-M. G. Abt. 229 einen Vorstoß auf Bahnhof Domanin, 7 km. nördlich Kempen. Unter Leitung des Leutnant Paulsen gelang es, trotzdem das Unternehmen verraten war und die Polen das ausseigende Detachement aus nächster Nähe beschossen, den Zollbeamten mit Frau und Kindern und seine Habe nach Kempen zurückzuführen. Wir hatten einen Schwerverletzten. Bei diesem tapferen Unternehmen zeichneten sich außer dem Führer besonders aus: Unteroffizier Wenzel, Offiz.-Stellv. Riezy, Schütze Mosler, Schütze Stein.

Generalkommando VI. A. R.

Vokales u. Provinzielles.

Sobran D.-E., den 14. Februar 1919.

§ (Zur letzten Ruhe gebettet) wurde am Mittwoch vormittag Herr Rentier Carl Fesser. Die überaus große Teilnahme an der Beisetzungsfeierlichkeit legte Zeugnis ab von der großen Liebe und Verehrung, welche der Verstorbene hierorts genoss. Im Trauerhause lang nach der Einsegnungsfeier zunächst der Gärtnerchor und hierauf der Männer-Gesangverein das erhabende Trauerlied: „Stille ist das Haus der Klage.“ In dem imposanten Beisetzungs waren außer dem Kriegerverein und Männer-Gesangverein Personen aller Stände und Konfessionen vertreten. In der Pfarrkirche hielt zunächst Herr Stadtpfarrer Woch eine zu Herzen gehende Gedächtnisrede, worauf das Totenamt celebriert wurde. Nach dem Libera bewegte sich der Beisetzungs auf den Friedhof. Hier sang zunächst der Gärtnerverein: „Nimm auf, o Herr.“ Beim Hinabsinken des Sarges schloß eine Abteilung Soldaten dem Kriegsveteranen von 1870/71 drei Salven über das Grab. Mit Danksworten und Gebet des Geistlichen, dem vom Männer-Gesangverein vorgetragenen Chor „Sängers Testament“ und einem Choral der Stadtkapelle fand die Trauerfeier ihren Abschluß. Bald darauf wählte sich der Hügel über dem Grabe eines Mannes, dessen Andenken in unserer Stadt stets in Ehren bleiben wird.

§ (Kram- und Viehmarkt.) Der gestrige Krammarkt war von Verkäufern schwach besucht, obwohl genügend Käufer vorhanden waren. Die auf dem Markte erschienenen Kramhändler haben ein leidlich gutes Geschäft gemacht; answärtige Händler waren nur vereinigt auf dem Markt vertreten. Es mag dies auch daran gelegen haben, daß der Februar für einen Krammarkt hier nicht geeignet ist; unseres Wissens nach war in diesem Monat hierorts das erste Mal ein Krammarkt angelegt. — Auf dem Pferdemarkt war der Verkehr auch nur schwach, zumal am Mittwoch auch in Deutschen Pferdemarkt abgehalten wurde. Händler waren infolgedessen nur wenig erschienen,

einige erst am Donnerstag, jedoch sich der Geschäftsverkehr auch an diesem Tage noch blüht. Die Pferde waren im Preise wieder gestiegen.

(Abgefaßte Diebst.) Dienstag nachmittag ist im Ballowskischen Geschäft am Ringe hieselbst eine Frau aus Smolna festgenommen worden, welche kurz vorher in dem betr. Geschäft einer anderen Frau das Portemonnaie mit etwa 100 M. Inhalt aus der Tasche gestohlen hatte. Auf der Polizeiwache nahm Herr Polizeigerant Bürger der Diebin noch 12 Meter Stoff weg, welcher aus dem B'schen Geschäft gestohlen worden war, außerdem 3 Meter Reststoff, welchen die Epilbühlin einem Resthändler am Ringe entwendet hatte.

(Polnische Urkenntnis, daß über Oberschlesien noch nicht entschieden ist.) Der „Zukunftsmann Kurier Koblenz“ gibt ein interessantes Bild von den Stimmungslagen und Gegenströmungen auf dem Pariser Kongreß. Er schreibt:

„Polen, dessen Votum auf dem Pariser Kongreß entscheidend werden soll, hat sowohl seine Gegner als auch Förderer. Stärklich gewonnen ist uns die französische und italienische Delegation, ungeklärt ist dagegen das Verhältnis der Vertreter Englands. Außerhalb des Kongresses agitieren für Frankreich die Russen, deren Vertreter Sazonow den Grundablaß des Propagandisten Polens in den Vordergrund schiebt und die Ukraine, die durch einen gewissen Kofusowan vertreten sind. Die Deutschen suchen uns eine Grube zu graben, indem sie hauptsächlich die Kräfte der französischen Sozialisten beschaffen. Unter den Mitgliedern des Kongresses überwiegt der Grundablaß des deutschen Polens. Die Engländer sind aber bisher noch nicht bezeugt. Als ganz gewiß gilt, daß uns Großpolen und Danzig zugesichert werden. (??) Dagegen ist über Westpreußen und Oberschlesien noch nicht entschieden worden, weil man auf einen heftigen Widerstand der Deutschen sieht. Was die östlichen Grenzen angeht, so ist die Entzweiung für die Vereinigung Bessarabiens und Westrußlands mit Polen, wünschenswert, aber, daß die Ukraine mit Rußland vereinigt werde. Im übrigen wird es noch abzuwarten sein, was man von Österreich erwarten werden, das wird uns zuerkannt werden.“

(Eine Annäherung für Oberschlesien.) Aus Oppeln wird ober-schlesische Blätter gemeldet: Hier verlautet, daß ein Erfolg bevorsteht, der allen groß-polnischen Agitatoren, die verhaftet worden sind, auch den östlichen, volle Amnestie zuerkennen. Die Amnestie soll aus Anlaß des Antisemitismus des neuen Regierungspräsidenten von Oppeln, des H. H. Justizrats Witka, gewährt werden, um damit zu verhindern zu geben, daß mit dieser Neubestimmung des Regierungspräsidenten eine neue Verwaltung beginnt.

(Es geht um Glas!) Noch immer herrscht Unklarheit gegenüber den Meldungen, daß die Tschechen auf Glas zu marschieren. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus sicherer Quelle mitteilt, erheben die Tschechen Anspruch auf die gesamte Erzfazade Glas. In welcher Weise sie ihre Ansprüche zu begründen suchen werden, das dürfte sich bald zeigen, nachdem bereits die ersten schäblichen Vorfälle erfolgt sind.

(Ungedeckte Fische in Wirtschaften und Fremdenzügen) wußten bis auf weiteres nach einer Mitteilung der Reichsbevollmächtigten in Breslau bleiben. Es ist allerdings die Beschlagnahme der Wäse in Gastwirtschaften usw. aufgehoben, nicht aber die Bekannmachung der Reichsbevollmächtigten vom 14. Juli 1917, nach der in allen Betrieben die Darrreinigung von Wandbühnen und das Bedecken der Fische mit Tischdecken verboten ist. Der Grund für das Weiterbestehen dieses Verbots liegt in dem Mangel an Wäse, der noch geraume Zeit andauern wird. Ein Verbot der Wäse durch die nicht unbedingt nötige Benutzung muß unter allen Umständen verhindert werden.

(Preisabbaue.) Wie verlautet, ist der Textilwarenhandel und der Pelzwarenhandel in den letzten Tagen zu einem spärlichen Preisabau gekommen, der zu einem Teil durch die zurückfallende Kaufkraft verursacht sein dürfte. Im Breslauer Pelz- und Textilwarenhandel sind für einzelne Warengattungen Preisabschläge von 10 bis 25 Prozent erfolgt. Der Preisrückgang bezieht sich auf verschiedene Seidenwaren.

(Die verschwundene Kirchenglocke.) Als letztendlich in Bannoch (Unterfranken) wegen ihres Klages bei den Bewohnern besonders beliebt 12 Zentner schwere sogenannte „11 Uhr-Glocke“ abgenommen worden war, wurde sie aber Nacht gestohlen. Seit dieser Zeit war sie spurlos verschwunden. Jetzt erst gefunden verschiedene Einwohner ein, die Glocke auf einem Acker vergraben zu haben. Nun

wurde die Glocke geholt und wieder zur Kirche gefahren.

(Wertvolle Weigen gestohlen.) Dem Virtuosen Huberman, der 3. St. auch in Derflesien konzentriert, wurden in Wien die beiden wertvollen Weigen (Stradivarius) gestohlen. Der Dieb, ein Unbekannter, wurde in einem Hotel der inneren Stadt verhaftet und die Weigen ihm abgenommen.

(Eine Sand für 336 Mark.) Eine 24 Pfund schwere Sand wurde auf dem Wochenmarkt in Adolphstraße feilgeboten. Aber der Preis war auch darnach, denn nach dem Pfunde gerechnet, verlangte die Frau für ein Pfund die Kleinigkeit von 14 Mark, somit sollte sich dieses Förderlein auf nur 336 Mark.

(Aus dem Hübner Bergrevier.) Aus Hübner wird berichtet: Nachdem in der Reichshütte schon eine Konzentration der Vertreter aller Gruben im Hübner Revier stattgefunden hat, folgen jetzt die Delegationsversammlungen. In der heutigen Tagung wurde ein Antrag eingebracht, die Forderung von 800 Mark Entschädigungskammer auf 400 Mark zu erniedern. Der Vorschlag wurde ebenso abgelehnt wie andere Forderungen und beschloffen, eine abwartende Haltung einzunehmen angesichts der zu erwartenden Egalisierung des Bergbaues. Von diesem Schritt erhoffte man baldige Befreiung in der Lage der Bergleute und nachträglich die Berücksichtigung der alten Forderungen, welche durch den Zusammenbruch des Streiks zurückgestellt werden mußten.

(Noch dünnes Bier.) Man schreibt: Der Schenkeverband der Brauereien der Norddeutschen Brauereivereinigung hat an den Staatssekretär des Reichsversicherungsamtes eine dringende Eingabe gerichtet, in der um sofortigen Erlass einer Verordnung ersucht wird, durch welche der Stammwürzgehalt des Biers von 2 v. H. auf 1 1/2 v. H. herabgesetzt wird. Der Schenkeverband hält diese Maßnahme für unbedingt erforderlich, wenn nicht bei einzeln Brauereien bereits im Frühjahr, bei den übrigen zu Beginn des Sommers wegen Mangels an Rohstoffen der Stillstand eintreten soll.

Substanz, 11. Februar. Dem „Oppolner Nachrichten“ zufolge sind mehrere Hunderte aus Polen in das Gebiet des Bauern Josef Prandl in Schwabach bei Rodosowitz eingedrungen und haben ihn erschossen, ferner seinen ältesten Sohn und seinen Knecht durch mehrere Schüsse tödlich verletzt. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Breslau, 12. Februar. (Blutiger Ermordung vor dem Gerichtsgang.) Obwohl die fortwährende spartakistische Agitation auch in Breslau geführt hat, erlahmte man Mittwoch nachmittag an den traurigen Folgen einer Kundgebung gegen das Gerichtsgang. Dort sind seit einigen Tagen zwei Matrosen inhaftiert, da sie wiederholt verhaftet hatten, Freiwillige von dem Eintritt in den Schenkeverband zurückzuhalten. Eine große Zahl der Teilnehmer an der heutigen Erwerbslosenversammlung im Zirkus Busch zog nun auch Schluß der Versammlung gegen 1/2 2 Uhr nach dem Gerichtsgang in der Neuen Graupenstrasse, um ihre Freilassung zu erwirken. Diesem Wunsch konnte schließlich nicht stattgegeben werden. Trotzdem verlangt, die in das Gerichtsgang eingedrungenen Menschenmenge die Freilassung und drohte im Weitergangfall mit Gewalt. Zwar ergab es einem logischen herbeigerufenen Mitglied des Soldatenrats, die Menge von Gewalttätigen zurückzuhalten, indessen war die Lage überaus ernst und kritisch, da von den Spartakisten bereits die Telegraphenstellen im Gerichtsgang besetzt waren. Deshalb wurde schließlich nach einer Eileherkennung gefaßt. Inzwischen scholl die Menschenmenge immer mehr an und ihre Haltung war äußerst drohend. Da erschien gegen 2 Uhr in einem Auto die Sicherheitswache. Soort führten ihre bewaffnete Spartakisten entgegen und entzweiften von derselben einige Mann. Dabei viel aus der Menge ein Schuß. Auf diesen Angriff schrien die Sicherheitsmannschaften ihre Wachposten in Tätigkeit, um sich zu verteidigen, vor allem um die Menge zu zerstreuen. Zuerst ergriß die bewaffnete Spartakisten die Flucht, aber auch die Menge blieb aufstehend aus. Doch waren die blutigen Folgen dieses Zusammenstoßes überaus schwere und beklagenswerte, 11 Tote und über 20 Verwundete wurden zu Boden gestreckt und wurden bald darauf durch Lastautos in das Krankenhaus bzw. in das Leichenhaus gebracht. Bisher ist Breslau im allgemeinen von blutigem Aufruhr befreit geblieben; wir wollen hoffen, daß dieser traurige Vorgang verlegt bleibt.

Verantwortung. Wir haben Verantwortung, ercent auf die Bundesratsverordnung vom 16. März 1916 hinzuweisen: Der Bundesrat hat auf Grund des § 8 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen

Maßnahmen n. 1. w. vom 4. August 1914 (Reichsgesetzblatt. S. 827) folgende Verordnung erlassen:

Die Vorschriften dieser Verordnung finden Anwendung auf Rohstoffe von Rindfleisch und Schafschaf. Rohstoffe im Sinne dieser Verordnung sind:

1. Die Innenseite (Auszug ohne Fleischreste, Darm, Nage-, Magen-, Herzdarm-, Brust- und Schloßfleisch);
2. die Abfälle (die beim Reinigen und Schneiden der Därme gewonnenen Fetts);
3. Fettsäuren, soweit sie sich beim Verkauf von Fleisch ergeben.

Bei gewerblichen Schlachtungen von Rindfleisch und Schafschaf ist der Unternehmer verpflichtet, die Innenseite (§ 1 Abs. 2 Nr. 1) und die Abfälle (§ 1 Abs. 2 Nr. 2) auf Verlangen des Reichsfänglers für pflanzliche und tierische Öle und Fette, G. u. B. G. in Berlin vom Reichspräsidenten und aus dem Reichsfänglers Bescheidene Schmelze oder Sammelstellen zu liefern. Gewerbsmäßige Händler von Fleisch sind verpflichtet, Fettrohstoffe, soweit sie sich beim Verkauf von Fleisch ergeben, auf Verlangen des Reichsfänglers an die genannten Stellen zu liefern.

Im Falle der Verletzung kann die zuständige Behörde die Kostentragung und Lieferung an Orten des Reichsfänglers und mit den Mitteln seines Betriebs durch einen Dritten vornehmen lassen.

Das Verlangen des Reichsfänglers ist auf Erträgen durch die Ermelde öffentlich bekanntzugeben.

Der Reichsfängler erläßt mit Zustimmung des Reichsfänglers Anweisungen über:

1. Die Art und den Umfang der Kostentragung der im § 1 Abs. 2 Nr. 1 und 2 bezeichneten Rohstoffe;
2. die Beschaffung, Verpackung, Begleichung und Verfeinerung der Rohstoffe.

Er hat für die baldige Bearbeitung, für die Kostentragung der Rohstoffe und für Abgabe des ausgeholtenen Fettes nach den Bedingungen des Reichsfänglers zu sorgen.

Die Unternehmer und Betriebsleiter der Schmelzen und Sammelstellen haben die Rohstoffe abzunehmen und einen angemessenen Uebernahmepreis dafür zu zahlen. Der Uebernahmepreis schließt die Kosten der Verpackung einschließlich der Verladung sowie die Kosten der Verladung, der Verladung bis zur Schmelze, Sammelstelle oder Verladehalle und der Abladung dorthin ein.

Für die Uebernahmepreise werden Höchstgrenzen von einem Sachverständigen ermittelt und vom Reichsfängler festgelegt. Das Nähere über den Sachverständigenausschuß und die Grundzüge für die Ermittlung der Höchstgrenzen bestimmt der Reichsfängler.

Im Falle der Verletzung der Bestimmungen mit dem Unternehmer, Betriebsleiter der Schmelze oder Sammelstelle gebotenen Preise nicht einhalten, so ist auf Antrag die zuständige Behörde den Preis erniedrigen zu können. Der Unternehmer hat die Kosten der Verladung zu tragen. Bei der Festlegung ist der Preis zu berücksichtigen, der zur Zeit der Verladung oder Verbringung angemessen war. Der Reichsfängler hat ohne Rücksicht auf die erhaltene Festlegung des Preises zu liefern, der Unternehmer oder Betriebsleiter vorläufig den von ihm aus angemessen erachteten Preis zu zahlen.

Die Zahlung erfolgt spätestens 8 Tage nach Einreichen der Rechnung bei der Schmelze oder Sammelstelle.

Für rechtliche Nebenrechte beginnt die Frist mit dem Tage, an dem die Entschädigung der zuständigen Behörde der Schmelze oder Sammelstelle zugeht.

Die Unternehmer und Betriebsleiter der Schmelzen und Sammelstellen sind verpflichtet, den Bedingungen des Reichsfänglers sowie über die Abgabe des ausgeholtenen Fettes Folge zu leisten.

Kann der Unternehmer oder Betriebsleiter der Stellung nicht nach, so kann die zuständige Behörde die ihm obliegenden Leistungen auf seine Kosten und mit Mitteln seines Betriebs durch einen Dritten vornehmen lassen.

Abbruch dieser Verordnung ist in den Fällen der gewerblichen Verletzung, von denen Rohstoffe abzulassen sind und in denen ausgeholtenes Fett verkauft werden, auszuheben.

In Gemeinden, in denen nach § 2 eine Ablieferungspflicht besteht, dürfen Rohstoffe gewerbsmäßig an Verbraucher nicht abgesetzt werden. Der Reichsfängler kann mit Zustimmung des Reichsfänglers Vorschriften über die gewerbsmäßige Abgabe von ausgeholtenem Fett an Verbraucher erlassen.

Die Beamten der Polizei und die von der Polizei beauftragten Sachverständigen sind beauftragt, in Räumlichkeiten, in denen Rohstoffe oder Schaf geschlachtet oder in denen geschlachtete Tiere oder deren Fleisch verkauft oder selbgehalten werden, jederzeit einzutreten, dieselben Besichtigungen vorzunehmen und nach ihrer Untersuchung Proben gegen Verunreinigung zu entnehmen.

Die zuständige Behörde kann gewerbliche Betriebe schließen, deren Unternehmer oder Leiter sich in Verletzung der Vorschriften ungenügend zeigen, die ihnen durch diese Verordnung oder die auf Grund derselben ergangenen Anordnungen auferlegt sind.

Gegen die Verfügung ist Beschwerde zulässig. Ueber die Beschwerde entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig. Die Beschwerde bewirkt keinen Aufschub.

Der Reichsfängler kann Einnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung. Sie können ordnen, daß die in dem § 2 Abs. 2 vorgesehene öffentliche Bekanntmachung anstatt durch die Gemeinde durch den Vorstand erfolgt. Sie bestimmen, wer als Gemeinde zuständige Behörde und höhere Verwaltungsbehörde im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

Mit Befangnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfshundert Mark wird bestraft:

1. wer den Vorschriften des § 2 Abs. 1 oder des § 9 Satz 1 zuwiderhandelt;
2. wer den Auftrag entgegen der Vorschriften des § 8 unterläßt;
3. wer den auf Grund des § 3 Abs. 1 oder § 9 Satz 2 erlassenen Anweisungen zuwiderhandelt.

Zweck Vermeidung von Verhören und den damit ver-

dringenden Strafmaßnahmen, bringen wir vorstehende Bundesratsüberordnung zur allgemeinen Kenntnis.
Sohrau O.S., den 10. Februar 1919
Die Polizeiverwaltung.
R 142

Stadtkammler-Nachrichten von Sohrau.
Sterbefälle.

Am 8. Februar der Rentier Carl Fesser, 72 Jahre alt; am 11. der Fabrikarbeiter Michael Bismarck, 48 Jahre alt.

Ev. Gemeinde Sohrau O.S.

Sonntag den 16. Februar, vorm. 10 Uhr:
Politischer Gottesdienst.

Bekanntmachung.

Allen Fleischern bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß die Fleischmarkenabschnitte nicht dem Oberaufsichtler zu übergeben, sondern spätestens am Sonntag jeder Woche an den Kreisfleischbeschau Kommissar einzureichen sind.
Sohrau O.S., den 14. Februar 1919.
Der Magistrat. R 142

Bekanntmachung.

Die Steuern für das 4. Quartal 1918 Januar-März 1919 als auch die Feuerversicherungsbeiträge für das Jahr 1919 sind fällig und bei Verweigerung zwangsvollstreckungsfähig. Sofort an unsere Kämmerei-Kasse zu entrichten.
Sohrau O.S., den 11. Februar 1919.
Der Magistrat. R 142.

Bekanntmachung.

Die beteiligten Landwirte werden hiermit aufgefordert, die ihnen von uns zur Ablieferung angegebene Erntemenge mit Bescheinigung bei Herrn D. Schleier, hier, abzuliefern zur Vermeidung der Zwangsmaßnahmen.
Sohrau O.S., den 12. Februar 1919.
Der Magistrat. R 142.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht darauf, daß in einer Anzahl von Kommunalverbänden die Kartoffelversorgung nur noch für wenige Wochen gesichert ist und die Kollektion aus wichtiger Lebensbedürfnisse trotz der von der Reichsleitung getroffenen Maßnahmen noch weit über dem erwarteten geringen Stand, hat der Herr Staatssekretär des Reichs Ernährungsamtes angeordnet, daß vom 3. Februar ab die wichtigsten Kartoffelkulturen der Versorgungsberechtigten von 7 Pfund auf 5 Pfund herabgesetzt wird. Da alle Versorgungsberechtigten dieser Stadt mit Weißkaffee bis 12. April 1919 versorgt sind, so müssen die selben mit der ihnen zugewiesenen Menge auszuweichen bis 24. Mai 1919 rechnen. Vor diesem Zeitpunkt erfolgt keinerlei Zuweisung von Kartoffeln.
Sohrau O.S., den 3. Februar 1919.
Der Magistrat. R 142.

Der Versteigerungstermin

betreffend das Grundstück des Josef Schymura Blatt 6 Czajkowsky findet am 12. März 1919, vormittags 10 Uhr an Ort und Stelle in Czajkowsky statt.
Sohrau, den 12. Februar 1919.
Das Amtsgericht.

Zwangs-Versteigerung.

Dienstag, den 18. Februar 1919, vormittags 10 Uhr
werde ich in Sohrau O.S. — Versammlung im Schindler'schen Gasthause —

- 1 grüne Blüschgarnitur, 1 buntes Sofa, 1 Chaiselongue mit Decke, 1 Spiegel mit Schränkchen, 1 Herrenschreibtisch, 2 große Bilder, 1 Fußbaumbank, 1 Schaukelstuhl, 1 Pianino und 1 Schrank

Öffentlich meistbietend gegen Vorzahlung versteigern.
Sohrau O.S., den 14. Februar 1919.
Müller, Gerichtsvollzieher.

Wer verkauft

in Sohrau oder Umgebung sein Wohn- od. Geschäftshaus oder sonstiges Anwesen? Angeb. an Ernst Seiler, Liegnitz, Dänemarkstr. 30a.

Reparaturen

an Fahrrädern aller Systeme, Nähmaschinen und elektrischen Hausleitungen werden unter Garantie schnell ausgeführt. Halte auch stets am Lager elektrische Haus- und Taschenlampen, Batterien und Ersatzteile für Nähmaschinen, sowie Maschinenöl.

E. Knoppek,
Mechaniker, Töpferstr. 98.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgehe unseres unvergeßlichen Vaters,

des Rentiers Carl Fesser

sprechen hierdurch unsern aufrichtigsten Dank aus.

Sohrau O.S., den 13. Februar 1919.

Die Hinterbliebenen.

Am 19. d. M. wurde unser hochverehrter Wirt

Herr Rentier Carl Fesser

zu Grabe getragen. Durch mehr als 30 Jahre war uns der Verstorbene ein edler und wohlgenannter Freund und Gönner, dessen Heimgang uns aufs schmerzlichste betroffen hat. Das Andenken dieses hochherzigen Mannes wird in unseren Herzen nie verlöschen. Der Herr lohne ihm alles in der Ewigkeit!

Sohrau O.S., den 18. Februar 1919.

Familie Sczyrba.

Bekanntmachung.

Zu Ehren der heimgekehrten Krieger aus hiesiger Stadt veranstalten die städtischen Behörden am

Sonntag, den 16. d. M., von 5 1/2 Uhr nachmittags an im Schäftan'schen Saale — hier — einen

Begrüßungs- (Bier)-Abend.

Die Teilnahme ist nur gegen Vorzeigung der Eintrittskarte gestattet, welche die in Betracht kommenden Krieger bis spätestens Sonnabend den 15. d. Mts. vormittags 10 Uhr bei Herrn Kaufmann Elias, hier, nach Möglichkeit persönlich abholen wollen. Wegen der zu erwartenden großen Beteiligung können andere Bürger oder Verwandte (Frauen pp.) der Krieger leider nicht zugelassen werden, da die Raumverhältnisse dies nicht gestatten. Um zahlreiche Beteiligung seitens der Krieger bittet

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Mittwoch den 19. Februar, abends 7 1/2 Uhr findet im Stadtverordnetenratungssaale eine

General-Versammlung

unseres Vereines statt.

Tagungs-Ordnung:

- 1) Rechnungslegung pro 1918;
- 2) Bericht über die Vereinstätigkeit;
- 3) Statutengemäße Vorstandswahl - Ergänzungswahl;
- 4) Gewählte andere Vereinsangelegenheiten.

Um infolge Beschränkungsfähigkeit einer noch möglichen Einberufung der Generalversammlung voranzugehen, wird am rechtzeitigsten vorzuziehenden Erscheinens unserer verehrten Mitglieder höchste Beachtung erbeten.

Der Vorstand des Vaterl. Frauenvereines
zu Sohrau O.S.

**Reichenberger's
Zahn-Atelier**

Sohrau O.S., Ring 129.

Sprechstunden:

Vormittags von 8-12 Uhr,
Nachmittags von 2-6 Uhr.
Sonntags von 9-12 Uhr.

Breslauer Flaschenbier

zu haben bei

Julius Hensel.

Gute Milchziege, scharfen Wachhund und gutes Jagdgewehr kauft
Schule Rogozna.

Arbeiterinnen

werden zur dauernden Beschäftigung gesucht.
Richard Dudek,
Dampfabgeleitet.

Ein Zeitungsträger

kann sich zum 1. März melden.
H. Schleier.

Ein möbliertes Zimmer

sucht vom 1. 4. d. 38. Th. Kutz, Chorrestor,
s. St. Lubinski. Angeb. an die Geschäftsst. d. Stg.



**Männer-Gesangverein
Sohrau O.S.**

Sonnabend, den 15. d. M.,
abends 8 Uhr:

Gesangs-Abend

im Vereinslokale Hotel „Zur Post.“
Die Herren Sänger werden um rechtzeitiges und vollständiges Erscheinen ersucht.
Der Vorstand.

Lichtspielhaus Sohrau
(Schäftan's Saal.)

Mittwoch, den 19. Februar 1919:

**Das Spitzentuch
der Fürstin Wolkonska.**

Filmschauspiel in 4 Akten von L. Heilborn-Korbitz. Spielleitung Josef Stein, mit Maria Carmi in der Hauptrolle.

Jenseits der Grenze.

Drama in 2 Akten

Naturaufnahmen.

Erste Vorstellung: von 5-7 1/2 Uhr,
zweite pünktlich von 8 Uhr ab.

Eine Lokomobile

9-10 PS., gut erhalten, steht zum Verkauf bei
Hettmann, Baranowitz.

Ein Gewende Acker,

ca. 2 Morgen, mit Roggen bestellt, zu verkaufen. Näheres bei Josef Magiera, Schmiedemeister.

Goldene Trauringe

sind stets vorrätig bei
M. Engelmann, Ryszczywo.

Elektr. Osram- u. Azo-Lampen
wieder vorrätig.
S. Berger, Ring.